



STUDIENREIHE HOCHSCHULFORSCHUNG ÖSTERREICH

Attila Pausits, Regina Aichinger,
Martin Unger (Hrsg.)

Quo vadis, Hochschule?

Beiträge zur evidenzbasierten
Hochschulentwicklung

WAXMANN

STUDIENREIHE
HOCHSCHULFORSCHUNG ÖSTERREICH

herausgegeben vom
Netzwerk Hochschulforschung Österreich

Band 1

Attila Pausits, Regina Aichinger,
Martin Unger (Hrsg.)

Quo vadis, Hochschule?

Beiträge zur evidenzbasierten
Hochschulentwicklung



Waxmann 2019
Münster • New York

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Studienreihe Hochschulforschung Österreich, Bd. 1

Print-ISBN 978-3-8309-4019-7

E-Book-ISBN 978-3-8309-9019-2

© Waxmann Verlag GmbH, 2019

Steinfurter Straße 555, 48159 Münster

www.waxmann.com

info@waxmann.com

Umschlaggestaltung: Anne Breitenbach, Münster

Druck: CPI Books GmbH, Leck

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier, säurefrei gemäß ISO 9706



Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.

Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhalt

Einleitung

<i>Attila Pausits, Regina Aichinger, Martin Unger</i>	7
Das Netzwerk Hochschulforschung und aktuelle Forschungsarbeiten in Österreich	

Systemische Zugänge

<i>Maria Keplinger</i>	15
Hochschulforschung in der Aufgabenwahrnehmung des österreichischen Wissenschaftsministeriums	
<i>Elisabeth Westphal</i>	33
Mediale Berichterstattung in Österreich im Spannungsfeld der Bologna-, Studien- und Universitätsrechts-Reformen	
<i>Paul Reinbacher</i>	55
Imitation oder Innovation? 10 Jahre Pädagogische Hochschulen in Österreich	
<i>Lorenz Lassnigg, Martin Unger</i>	71
„Exzellenz“, „Third Mission“ und „Knowledge Triangle“ – wissenschaftlich begründete Perspektiven der Hochschulentwicklung? Ein Review	

Institutionelle Aspekte und Fragestellungen

<i>Attila Pausits</i>	99
Zwischen Auftrag und Umsetzung – Dritte Mission und die wissenschaftliche Weiterbildung an österreichischen Universitäten auf dem Prüfstand	
<i>Johannes Haas, Stefan Humpl</i>	113
Duale Studienangebote Ein Zukunftsmodell für Österreichs Hochschulen	

<i>Silke Preymann, Stefanie Sterrer, Regina Aichinger, Martina Gaisch</i>	129
Stakeholder und deren Einfluss auf die Positionierung von österreichischen Fachhochschulen	
<i>Melanie Lubinger</i>	151
Intellectual Capital Reporting in Form der Wissensbilanz als Steuerungsinstrument für die Personalentwicklung an öffentlichen Universitäten in Österreich	
<i>Andrea Bernhard, Christoph De Marinis, Sandrine Fackner, Katharina Salicites</i>	167
Stakeholder- und Change-Management-Prozess im strategischen Projekt „Lehre 2020“ der Technischen Universität Graz	
 AkteurInnenzentrierte Perspektiven	
<i>Lukas Mitterauer</i>	187
AbsolventInnenstudien – grundsätzliche Überlegungen zu eingesetzten Befragungs- und Erhebungsinstrumenten	
<i>Barbara Neunteufl, Tatjana Atanasoska</i>	203
Fächerwahl, Fächerwechsel und Drop-out. Eine empirische Studie zu den Motiven im Lehramtsstudium	
<i>David Binder</i>	225
Wer beginnt (k)ein Masterstudium? Determinanten der Übertrittspläne von Bachelorstudierenden	
 Autorinnen und Autoren	 247
Über die Studienreihe	251

Attila Pausits, Regina Aichinger, Martin Unger

Das Netzwerk Hochschulforschung und aktuelle Forschungsarbeiten in Österreich

Hochschulforschung in Europa hat sich seit den 1960er-Jahren stetig entwickelt. Die Studie „Higher Education: A Worldwide Inventory of Research Centers, Academic Programs, and Journals and Publications“ von Rumbley et al. (2014) am renommierten Center for International Higher Education am Boston College, USA, listete 217 Hochschulforschungszentren in 60 Ländern weltweit. Im Vergleich gab es 2006 199 Forschungseinrichtungen in 25 Ländern. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahl bis heute weitergewachsen ist. Als logische Folge steigt auch die Anzahl an Publikationen aus der Hochschulforschung stetig weiter (Hertwig 2014). Die Hochschulforschung ist dabei keineswegs „Selbstzweck“ zur eigenen Standortbestimmung oder als Instrument zur Organisationsentwicklung. Sie kann auch für Politik, öffentliche Verwaltung und Hochschulleitungen Erkenntnisse liefern und damit deren Entscheidungsqualität steigern (Pasternak 2006; Krücken 2012). Dazu bedarf es einer unabhängigen, lokal verankerten und international vernetzten Hochschulforschung, ebenso wie des Bewusstseins auf Seiten der Entscheidungstragenden für evidenzbasierte Vorgehensweisen (Shanghai Statement 2013).

Dass es in Österreich heute kaum Professuren für Hochschulforschung gibt, zeigt auch die sich in Grenzen haltende institutionelle Unterstützung für die Beforschung, u.a. auch der eigenen Einrichtungen. Auch wenn das Zeitalter der Hochkonjunktur der Hochschulforschung (Tight 2012) ab den 1980er-Jahren mit bekannten internationalen Hochschulforschenden (wie Altbach, Teichler, Slaughter) und Gründungen der europäischen Forschungszentren (wie zum Beispiel des Centre for Higher Education Policy Studies (CHEPS) in Twente, Niederlande, oder des International Centre for Higher Education Research (INCHER) in Kassel, Deutschland) weit zurückliegt, hat Hochschulforschung wenig an Bedeutung eingebüßt. Gerade deshalb ist es verwunderlich, dass institutionelle Fußspuren der Hochschulforschung in Österreich kaum sichtbar sind. Im Sinne einer theoretisch fundierten Modellentwicklung und des Verständnisgewinns von und für Hochschulen sind aber solche Personen und Zentren, die sich explizit mit hochschulbezogenen Fragestellungen beschäftigen, von besonderer Bedeutung (Shanghai Statement 2013). Dies belegen die Literatur und Beiträge aus den Zentren deutlich.

In dieser Situation ist es daher wichtig, für Personen mit Interesse an Hochschulforschung über die eigenen Institutionen hinweg Möglichkeiten für den Austausch zu bieten und zu einem Stück weit auch Anerkennung für diese Tätigkeit zu leisten. Internationale Netzwerke wie die European Higher Education Society (EAIR) und das Consortium for Higher Education Researcher (CHER), aber auch nationale Initiativen wie die

Gesellschaft für Hochschulforschung (GfHf) in Deutschland oder die Society for Research into Higher Education (SRHE) in Großbritannien sind namhafte Beispiele für den Erfolg solcher Communities. Daher lag es nahe, eine ähnliche Initiative der Vernetzung in Österreich zu starten. Obwohl solche Überlegungen bereits in den 1990er-Jahren die Gründung eines nationalen Netzwerks vor Augen geführt hatten, wurde das Netzwerk Hochschulforschung Österreich erst 2015 ins Leben gerufen. Auch wenn das Netzwerk insbesondere durch die Mitarbeit der einzelnen Personen be- und gelebt werden kann, ist es wichtig, dass auch die drei österreichischen Institutionen mit den größten akademischen Einheiten der Hochschulforschung diese Initiative tragen. So kann das Netzwerk auf die Unterstützung der Donau-Universität Krems, des Instituts für Höhere Studien und der Fachhochschule Oberösterreich bauen. Auch ein ständiges Sekretariat des Netzwerks konnte mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung eingerichtet werden.

Wie im Mission Statement des Netzwerks ersichtlich (www.hofa.at), umfasst diese Initiative in Österreich tätige Hochschulforschende, und versteht sich als eine interdisziplinär und offen ausgerichtete Institution für alle, die im Sinne des Netzwerks (nicht notwendigerweise ausschließlich, aber regelmäßig) zu Hochschulthemen forschen und einen Beitrag zur Weiterentwicklung auf der System-, Institutions- oder Akteursebene leisten. Dabei geht die Forschung über die Analyse der eigenen Institution, z.B. durch Reflexion und Interpretation, hinaus. Ziele sind die Vernetzung von Personen und Institutionen sowie die Sichtbarkeit und den Nutzen von Hochschulforschung in Österreich zu steigern. Das Netzwerk ermöglicht einen wissenschaftlichen und praxisgeleiteten Diskurs, u.a. durch regelmäßige Tagungen, Stellungnahmen und Veranstaltungen. Dieser Tagungsband ist ebenso ein Ergebnis dieser doch jungen Initiative wie die geplante Publikationsreihe.

Die Ziele des Netzwerks liegen sowohl in der Vernetzungsarbeit, als auch in der Vermittlung der Ergebnisse der Hochschulforschung für unterschiedliche Stakeholdergruppen. Hierzu gehören nicht nur die Forscherinnen und Forscher, sondern auch Entscheidungsverantwortliche sowohl in Politik als auch an Hochschulen sowie Studierende und nationale und internationale Organisationen mit Bezug zum tertiären Bereich. Hochschulforschung soll demnach einen Beitrag zur Theorie- und Modellbildung, zur evidenzbasierten Entscheidungsfindung und nicht zuletzt zum Erkenntnisgewinn leisten. So gesehen sind neben evidenzbasierter Beratung und Vernetzung der Forschenden auch die Verbreitung sowie wissenschaftlicher Diskurs über den Stand der Forschung weitere bedeutsame Aufgaben. Dabei werden sowohl die österreichische Hochschulforschungs-Community, der wissenschaftliche Nachwuchs, als auch ein internationaler Austausch gefördert. Eine der ersten gemeinsamen Initiativen des Netzwerks Hochschulforschung Österreich war daher die Identifizierung und Erfassung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Hochschulprofessionellen und anderen Personenkreisen, die sich (wenn auch nicht primär) mit Hochschulforschung beschäftigen. Oft sind diese Einzelpersonen an unterschiedlichen Einrichtungen des tertiären Sektors oder an außeruniversitären Forschungseinrichtungen tätig (Teichler 2005).

Eine erste Analyse und Vermessung der Hochschulforschung liefert die in 2017 durchgeführte Mapping-Initiative. Hier wurden nicht nur die Hochschulforschenden per

se erfasst, sondern es konnte ebenso ein breites Spektrum an Hochschulforschungsexpertise identifiziert werden. Die Ergebnisse in Bezug auf Forschungsthemen und Forschende in Österreich können unter www.hofo.at/Mapping eingesehen werden. In einem nächsten Schritt werden auch Forschungsarbeiten und Publikationen gesammelt, in einem Repositorium erfasst und mit der Homepage des Netzwerks verlinkt. Diese digitale Bibliothek soll Forschenden helfen, Hochschulforschungsarbeiten mit einem Österreichbezug schneller zu finden, einen Vergleich von Publikationen über den Zeitverlauf ermöglichen und zur Sichtbarkeit der österreichischen Hochschulforschung beitragen.

Die erste Konferenz des Netzwerks mit dem Titel *Quo Vadis Hochschule? Beiträge der Hochschulforschung zur evidenzbasierten Hochschulentwicklung* fand im Dezember 2017 in Wien statt. Die mehr als 30 Beiträge über die aktuelle Forschung in Österreich haben die Bedeutung solch einer Veranstaltung im Speziellen und des Netzwerks Hochschulforschung Österreich im Allgemeinen bestätigt. Als Ergebnis werden weitere Tagungen alle zwei Jahre in Österreich organisiert und Tagungsbände mit aktuellen Forschungsergebnissen veröffentlicht. Diese Publikation ist ein Ergebnis der ersten Tagung und beinhaltet zwölf ausgewählte und die Themenbereiche vertretende Beiträge. Die Beiträge wurden zunächst durch ein Review für die Tagung ausgesucht. Daraus wurden durch ein weiteres Review-Verfahren die in diesem Band enthaltenen Beiträge ausgewählt. Der Tagungsband betrachtet Hochschulforschung aus drei unterschiedlichen Perspektiven, die durch eine konstruktivistisch geprägte Auseinandersetzung mit komplexen Systemen geleitet werden. Bei der systemischen Perspektive geht es um Forschungsarbeiten, die das gesamte Hochschulsystem, die Beziehung zwischen Politik und Hochschulen oder den Hochschulen untereinander thematisieren. Bei der institutionellen Perspektive steht die Forschung über innerhochschulische Konzepte, u.a. zur Governance, Forschung, Lehre und Third Mission, im Fokus. Beiträge zur akteurzentrierten Perspektive beziehen sich auf Studierende, AbsolventInnen, Lehrende, Forschende oder administratives Personal oder auf externe AkteurInnen (wie z.B. Unternehmen) und deren Relation mit einzelnen Hochschulen.

Maria Keplinger bietet mit ihrem Beitrag einen fundierten Einblick in den Umgang mit Studienerkenntnissen und -ergebnissen der Hochschulforschung in der hoheitlichen (Weiter-)Entwicklung aus ministerieller Governance-Perspektive. Die Autorin bereitet die Entwicklung der österreichischen Hochschulforschung aus Sicht des Wissenschaftsressorts seit den 1960er-Jahren in strukturierter und systematischer Form auf und dokumentiert anhand einer Bestandsaufnahme die Integration und strategische Schwerpunktsetzung auf Basis der aus dem Hochschulforschungsbereich erzielten Evidenzen. Abschließend werden die Aktivitäten des 2015 gegründeten „Netzwerks Hochschulforschung Österreich“ aus Sicht des Wissenschaftsressorts analysiert und weiterführend der Stellenwert österreichischer Hochschulforschung betont.

Mit der Frage, wie die Sorbonne- und die Bologna-Deklaration sowie die damit einhergehenden Universitätsrechtsreformen in den österreichischen Printmedien thematisiert wurden, setzt sich **Elisabeth Westphal** in ihrem Beitrag auseinander. Ihre Analyse von über 300 Zeitungsartikeln zeichnet die wesentlichen Bezugspunkte der medialen Berichterstattung nach und stellt diese dem hochschulpolitischen Diskurs Ende der

1990er-Jahre gegenüber. Während die Medien einen besonderen Fokus auf die Einführung des „neuen“ Bakkalaureats und dessen Für und Wider legten, fanden andere Aspekte – wie beispielsweise die dreigliedrige Studienarchitektur und die Einführung des European Credit Transfer Systems (ECTS) – weit weniger Beachtung. Insgesamt zeigt die Beobachtung, dass organisationsrechtliche Themen im Vordergrund standen und die Diskussion studienrechtlicher Veränderungen sowie der Bologna-Reform „überstrahlten“.

Paul Reinbacher bespricht die Situation der Pädagogischen Hochschulen Österreichs aus einer systemtheoretischen Perspektive. Unter Zugrundelegung der Arbeiten von Spencer-Brown, Maturana sowie Luhmann wird theoriebasiert die sektorenspezifische Differenzierung zwischen Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen dargestellt, und unterschiedliche Konstrukte der „Wissenschaftlichkeit“ werden in den genannten Hochschul-Typen sowie deren daraus resultierende Differenzierung aufbereitet. In seiner Diskussion von Hochschultypen-Merkmalen eröffnet der Autor Raum für weitere Diskussion und Vertiefung hinsichtlich der (möglichen) Differenzierung mit Blick auf konstitutive Aufgaben, Rollen und Positionierungen.

Die „Dritte Mission“ als weitere Aufgabe der Hochschulen wurde in jüngster Vergangenheit oft als Synonym der Öffnung der Hochschulen in Richtung gesellschaftliche Anspruchsgruppen verwendet. Weitere (politische) Begriffe wie „Exzellenz“ oder „Knowledge Triangle“ sind ebenso Konzepte, die in der Hochschulforschung und Literatur explizit thematisiert worden sind. Die Frage, wieweit diese Konzepte wissenschaftlich fundiert sind, stellen sich **Lorenz Lassnigg und Martin Unger** in ihrem Beitrag. Das explorative Review der existierenden Literatur und Initiativen wird durch eine Auseinandersetzung zwischen evidenz-informierter und evidenz-basierter Politik getragen. Ob die Konzepte in der Literatur eine bestimmte begriffliche Stringenz haben, und ob es Wissensbasen gibt, die eine politische und/oder institutionelle Implementierung hinreichend eingrenzen, wird in diesem Beitrag beleuchtet. Letztendlich zeigt der Beitrag auch die Besonderheiten des Wechselspiels zwischen Theoriebildung und wissenschaftlichen Grundlagen sowie (hochschul-)politischer Verwendung und Verwertung.

Aus einer Governance-Perspektive analysiert **Attila Pausits** in seinem Beitrag die wissenschaftliche Weiterbildung als Teil der Dritten Mission an österreichischen Universitäten. Unter Zugrundelegung des „Konzeptes“ Dritte Mission werden die verschiedenen Aspekte wissenschaftlicher Weiterbildung und Merkmale von drei Typen von Einbettung an den Häusern aufbereitet, die sich nach institutioneller Schwerpunktsetzung in Maßnahmen und Zielen unterscheiden. Dazu wurden die Leistungsvereinbarungen der Periode 2013–2015 mit Hilfe von Textmining als empirischer Methode untersucht, die Ergebnisse strukturiert aufbereitet und vom Autor in Form eines Kategoriensystems, welches die „LLL-Universitäten“ über die „Angebotsuniversitäten“ bis hin zu den „Erfüllungsuniversitäten“ umfasst, systematisch klassifiziert. Als Ausblick werden Optionen zum Einsatz im Bereich der Strategieentwicklung bis hin zur institutionellen Profilbildung angeboten, welche zu weiterer Vertiefung und Erörterung in Theorie und Praxis anregen.

Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wird nicht nur durch die bereits angesprochene Dritte Mission in der wissenschaftlichen Literatur, sondern auch durch praxisrelevante Kooperationsmodelle in Forschung und Lehre belegt. Eines dieser Beispiele ist das Duale Studium. Auch wenn das duale Modell der Berufsausbildung als ein Erfolgsmodell der österreichischen Bildungslandschaft gefeiert wird, sind diese im tertiären Sektor noch unterentwickelt und noch weniger im öffentlichen Bewusstsein verankert. Die Fachhochschulen haben den Auftrag, eine Brücke zwischen der akademischen Welt und den Ansprüchen der beruflichen Praxis zu schaffen. Wie **Johannes Haas und Stefan Humpl** belegen, stellen duale oder praxisintegrierte Studiengänge eine Sonderform der Fachhochschul-Studiengänge dar. In ihrem Beitrag identifizieren sie die treibenden Kräfte der Entwicklung dualer Studienangebote in Österreich und diskutieren das Rollenverständnis von modernen Hochschulen und ihre Aufgabe hinsichtlich individueller Lernwege und Employability. Weitere zentrale Aspekte wie Skills Gap (fehlende Abstimmung von Qualifikationsbedarf und Qualifizierungsangebot) und eine wachsende Vermischung von Hochschul- und Berufsbildung werden in diesem Beitrag ebenso thematisiert. Die Autoren zeigen die aktuellen österreichischen Entwicklungen dualer Studienangebote und denkbare Vorteile und Herausforderungen dieser Angebote in Österreich.

Der Beitrag von **Silke Preymann, Stefanie Sterrer, Regina Aichinger und Martina Gaisch** beschäftigt sich mit dem österreichischen Fachhochschulsektor und beleuchtet den Einfluss, den Stakeholder-Beziehungen auf die institutionelle Positionierung haben. Dazu werden die umfassenden Beziehungen zwischen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren in einer qualitativen Studie analysiert. Sowohl die Freiräume, wie die Grenzen eines Stakeholderansatzes für die strategische Entwicklung der österreichischen Fachhochschulen werden dargestellt. Die Autorinnen stellen fest, dass sich Fachhochschulen bei der Profilbildung und Positionierung im Spannungsfeld zwischen Systemkonformität und Wettbewerb sehr klar erkennbar an den Stakeholdern orientieren. Inwieweit bei den Fachhochschulen mit einer weiteren Vielfalt und noch innovativeren oder „extremere“ Positionierungen zu rechnen ist, bleibt abzuwarten.

Das wichtigste Kapital von Hochschulen als wissensintensiven Organisationen sind ihre MitarbeiterInnen. Personalmanagement und insbesondere Personalentwicklung ist daher ein essentielles Managementinstrument an Hochschulen. Gerade durch das New Public Management und die hohe Autonomie der Universitäten, nicht zuletzt durch das Universitätsgesetz 2002 in Österreich, ist für die strategische Entwicklung einer Universität die Personalentwicklung ein wesentliches Steuerungstool. Die Ziele und Bedeutung der Personalentwicklung und damit deren institutionelle Ausgestaltung variieren jedoch sehr. Auch die eingesetzten Instrumente, wie z.B. Maßnahmen für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, belegen die hohe Autonomie institutioneller Entscheidungsträger. Den Rahmen dieser Autonomie schaffen das Universitätsgesetz sowie die Governance-Instrumente. Hierzu zählt u.a. die Wissensbilanz. Inwieweit diese als Steuerungs- und Entscheidungsinstrument zur Planung und Steuerung von Personalentwicklungsmaßnahmen für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler genutzt wird, wird im Beitrag von **Melanie Lubinger** beantwortet.

Eine der wichtigsten Säulen des universitären Handelns ist die Ausgestaltung von Lehr-Lern-Prozessen. Hierzu gab es in jüngster Vergangenheit viele Initiativen in Österreich. Der Beitrag von **Andrea Bernhard, Christoph De Marinis, Sandrine Fackner und Katharina Salicites** beschäftigt sich mit strategischen Veränderungen der Lehre auf institutioneller Ebene am Beispiel Lehre 2020 der Technischen Universität Graz. Die Autorinnen und der Autor nutzen die Stakeholder-Landkarte, um den Stakeholder- und Change-Management-Prozess vorzustellen. Interessant sind die Dialogformate, die hier zum Einsatz gekommen sind, sowie deren kritische Analyse in der Anwendung. Eine zielgerichtete Kommunikation wird in diesem Beitrag als ein Schlüsselfaktor für einen erfolgreichen Veränderungsprozess und für die Implementierung neuer Strategien und Maßnahmen dargestellt. Dazu werden quantitative und qualitative Indikatoren genutzt und sowohl die Bottom-up- als auch Top-down-Wirkungen kritisch evaluiert.

Welche Methoden eignen sich, um aussagekräftige Daten zu AbsolventInnen zu erhalten? Welche Überlegungen müssen hinsichtlich der retrospektiven Befragungen zu Studienverlauf bzw. Studieninhalten berücksichtigt werden? **Lukas Mitterauer** diskutiert in seinem Beitrag die Vor- und Nachteile sowie die Datenqualität verschiedener Erhebungsmethoden und liefert Ideen und Anregungen dazu, wie möglichst präzise Ergebnisse erzielt werden können. Seine Analyse umfasst AbsolventInnenbefragungen mittels Fragebogen, die oft in großem zeitlichen Abstand nach Studienende eingesetzt werden, Studienabschlussbefragungen sowie Einzelinterviews und Gruppendiskussionen. Des Weiteren geht er darauf ein, inwieweit sich die Auswertung von Sozialversicherungsdaten dazu eignet, um Informationen zur Karriereentwicklung von AbsolventInnen zu erheben.

In Österreich kooperieren Universitäten und Pädagogische Hochschulen in der Ausbildung von zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern. In der Studie von **Barbara Neunteufl und Tatjana Atanasoska** untersuchen die Autorinnen die Fächerwahl vor und nach der Zulassung, den Fächerwechsel und das vorzeitige Ausscheiden im Lehramtsstudium für die Sekundarstufe I und II. Sowohl qualitative als auch quantitative Daten der Lehramtsstudierenden der Universität Wien flossen in die Untersuchung hinein. Als wichtiges Instrument bei der Studienorientierung wurden die Ergebnisse eines Online-Self-Assessments ebenso berücksichtigt wie die Interviews mit Studierenden und mit Personen, die das Studium abgebrochen hatten. Der Beitrag diskutiert Phänomene einer „Feminisierung“ des Studiums, aber auch Motive des Fächerwechsels als Indikator für ein mögliches Drop-Out.

2019 begeht Europa das zwanzigjährige Jubiläum der Bologna-Erklärung sowie der Harmonisierung der Hochschulsysteme. In 1999 waren es noch 29, aktuell haben 47 Staaten diese Erklärung unterschrieben und beteiligen sich am Bologna-Prozess. Einer der wesentlichen Inhalte dieser Erklärung ist das Drei-Säulen-System von Bachelor, Master und PhD. Diese Harmonisierung wurde vielfach kritisiert und auch deren Umsetzung oft abweisend hinterfragt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass **David Binders** Beitrag sich mit dem Übergang vom Bachelor zum Master im Bologna-Modell beschäftigt. Die Frage „Wer beginnt (k)ein Master Studium?“ leitet eine systematische Auseinandersetzung mit den Determinanten der Übertrittspläne von Bachelorstudierenden ein. Binder bedient sich dabei der sozialwissenschaftlichen Forschung, vor allem Ratio-

nal-Choice-Theorien, und kultursoziologischer Ansätze. Neben theoretischen Erklärungsansätzen verwendet der Beitrag messbare Merkmale. So spielen zum Beispiel soziodemographische Merkmale wie Elternbildung, Geschlecht und Alter bei Studienbeginn und vorangegangene Ausbildungen eine wesentliche Rolle beim Übergang. Es zeigt sich zum Beispiel, dass die Studiendauer einen starken Effekt auf die Übertrittswahrscheinlichkeit ausweist. Der Beitrag liefert konkrete Überlegungen, wie die aktuelle Situation und Herausforderungen des Übertritts gemeistert werden können.

Anmerkung der HerausgeberInnen: Um die disziplinäre Vielfalt widerzuspiegeln, haben wir uns dazu entschieden, die von den AutorInnen eingebrachten Beiträge auch in deren disziplinärer Zitierform zu belassen. Hochschulforschung ist umfassend und vielfältig und soll auch so abgebildet werden.

Literatur

- Hertwig, A. (2014). Forschungsmethoden und Publikationsmuster der deutschsprachigen Hochschulforschung. Eine Vermessung des Forschungsfeldes auf der Basis von Publikationen. In *INCHER Working Paper*, Bd. 2. Online verfügbar unter: https://www.uni-kassel.de/einrichtungen/fileadmin/datas/einrichtungen/incher/PDFs/Onlinepublikationen_2013/20140626Working_paper2_Hertwig_final.pdf, zuletzt geprüft am 05.02.2019.
- Krücken, G. (2012). Hochschulforschung. In S. Maasen, M. Kaiser, M. Sutter, B. Reinhart (Hrsg.), *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 265–276.
- Pasternack, P. (2006). Was ist Hochschulforschung? Eine Erörterung anlässlich der Gründung der Gesellschaft für Hochschulforschung. *Das Hochschulwesen* 54(3), 105–112.
- Rumbley, L.E., Altbach, P.G., Stanfield, D.A., Shimmi, Y., Gayardon, A. de, Chan, R. (2014). *Higher education: A worldwide inventory of research centers, academic programs, and journals and publications*. 3. Auflage. Bonn: Lemmens Media.
- Shanghai Statement (2013). *The Future of Higher Education: The Need for Research and Training for the Higher Education Enterprise*. Shanghai. Online verfügbar unter: https://www.bc.edu/content/dam/files/research_sites/cihe/pdf/Future%20of%20HE-Shanghai%20Stmt.LONG.pdf, zuletzt geprüft am 05.02.2019.
- Teichler, U. (2005). Research on higher education in Europe. *European Journal of Education* 40(4), 447–469.
- Tight, M. (2012). Levels of analysis in higher education research. *Tertiary Education and Management* 18(3), 271–288.

Maria Keplinger

Hochschulforschung in der Aufgabenwahrnehmung des österreichischen Wissenschaftsministeriums

1 Einleitung

Autonomie, Diversifizierung und Profilbildung im Hochschulsystem verändern nicht nur das Verhältnis von Hochschulverwaltung und Hochschuleinrichtungen, sondern erfordern eine modifizierte Aufgabenwahrnehmung im Wissenschaftsressort,¹ um sowohl der Informationsschieflage zwischen Universitäten/Hochschulen und Ministerium gerecht zu werden als auch eine Gesamtsicht auf die Interdependenzen im Hochschulsystem sowie zwischen Hochschulen, Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln zu können. Während ein ausgebautes Berichtswesen und erhöhtes Datenaufkommen im Zuge der Rechenschaftslegung sowie Evaluierung und Qualitätssicherung der systemischen Hochschulsteuerung inhärente, zumeist gesetzlich geregelte Elemente (vgl. BMBWF 2017, S. 9) einer auf Evidenzen basierenden Planung und Steuerung sind, können je nach Bedarfslage und Entscheidungssituation auch Ergebnisse der Hochschulforschung, Expertisen für Hochschulentwicklung u.a. in die Entwicklung von hochschulpolitischen Maßnahmen und für Steuerungsbelange einbezogen werden.

Unter Hochschulforschung wird das „durch den Gegenstand Hochschule und Hochschulbelange definierte [weit verzweigte] Forschungsfeld“ (Bülow-Schramm und Krempkow 2014, S. 59f.; vgl. Winter 2014, S. 34) verstanden. Hochschulen/Universitäten werden als „Steuerungsgegenstand und Regulierungssystem, als Rahmen individueller Karrieren, als Organisatoren von Lehr-Lern-Prozessen, als Beschleuniger des sozialen Aufstiegs usw.“ gesehen (Pasternack 2014, S. 11). Mit „Hochschulbelangen“ werden einerseits die Seite der Hochschulpolitik und andererseits das Verhältnis von Hochschulen, Gesellschaft und Wirtschaft sowie die Rolle der Hochschulen in der Bildungskette abgedeckt. In dieser Analyse wird vor allem die Auftragsforschung (Expertisen zur Hochschulentwicklung, Untersuchungen im Hochschulbereich etc.) des für Universitäten und Hochschulen zuständigen Ministeriums erfasst, wenngleich in einem Ministerium üblicherweise nationale und internationale Forschungsergebnisse zum gesamten Politikfeld diverser Stakeholder rezipiert und in die Aufgabenwahrnehmung einbezogen werden.

Die Hochschulforschung im Wissenschaftsministerium wird aus drei Blickwinkeln behandelt. Erstens erfolgt eine thematische Dokumentation der Auftragsvergaben, die

1 Wissenschaftsressort steht für das für Universitäten und Hochschulen zuständige Ministerium, unabhängig von der Ressortkonstellation. Zur Aufgabenwahrnehmung siehe Kapitel 3.

sich einerseits auf eine Bestandsaufnahme von Lassnigg und Pechar von 1994 stützt und andererseits eine Sichtung der Bundesforschungsdatenbank² sowie einschlägiger Publikationen des Ministeriums vornimmt. Eine weitere Differenzierung zwischen Hochschulforschung und -beratung ist nicht möglich (vgl. dazu Stratmann 2014, S. 133–147). Zweitens wird nachvollzogen, wie sich die Aufgabenwahrnehmung im Ressort, die in der Geschäftseinteilung formell geregelt ist, entwickelt hat und drittens werden die aktuellen Anforderungen an die Hochschulforschung und die laufenden Vernetzungsaktivitäten ausgeleuchtet.

2 Überblick über Hochschulforschungsprojekte im Auftrag des Wissenschaftsressorts

2.1 Hochschulforschung von den 1970ern bis Mitte der 1990er-Jahre

Sozialwissenschaftlich orientierte Hochschulforschung findet sich laut Pechar (2018, S. 18–23)³ in Österreich ab den späten 1960er-Jahren, womit Österreich im internationalen Vergleich ein Nachzügler ist.⁴ Mit dem ersten „hochschulpolitischen Reformzyklus“ ab Ende der 1960er-Jahre, der zeitlich mit der Gründung des Wissenschaftsministeriums 1970 zusammenfiel, fanden erstmals auch die „sozial- und wirtschaftspolitischen Auswirkungen“ von Universitäten politisches Interesse und erforderten sozialwissenschaftliche Expertise, die das von Verwaltungsjuristen dominierte Ministerium beauftragen musste (Pechar 2018, S. 19). Im Länderbericht zum 3. Internationalen OECD-Seminar zur Bildungsforschung und -entwicklung 1994 geben Lassnigg und Pechar (1994) einen Überblick über die Hochschulforschung in Österreich.⁵ Sie unterschieden (zum damaligen Zeitpunkt) vier Typen von Hochschulforschungsprojekten: Projekte zur Entlastung der Verwaltung (z.B. Dokumentationsarbeiten), wissenschaftliche Expertisen zu politischen oder administrativen „Problemen“ mit unmittelbarem Praxisbezug (z.B. Rechtsgutachten, Hochschulplanungsprognose, Finanzierungsbedarf neuer Vorhaben u.a.), wissenschaftliche Arbeiten zu grundlegenden Fragen des Hochschulbereichs ohne direkten, aber mit mittelbarem Praxisbezug sowie diverse Projekte, in denen das Ministerium Subventionsgeber (für Forschungsthemen oder Personen) ist (ebd., S. 28). Viele dieser Projektberichte wurden nicht publiziert, flossen aber mit ihren Ergebnissen und Empfehlungen (falls solche Gegenstand der Beauftragung waren) in die Gestaltung

2 Siehe Kapitel 2.

3 Schriftliche Fassung der Keynote auf der Konferenz „Quo Vadis Hochschulforschung? – Beiträge der Hochschulforschung zur evidenzbasierten Hochschulentwicklung“ am 04./05.12.2017.

4 Gründe für die verspätete sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Hochschulentwicklung sieht Pechar vor allem im vorhandenen Leitbild der katholischen Universität in der Hochschulpolitik der 1950er- und 60er-Jahre, das eine Expansion der Universitäten und ein „Nachdenken über das Hochschulsystem aus sozialer und ökonomischer Perspektive“ ablehnte. Für Deutschland vgl. Winter (2014), S. 25–49.

5 Bericht im Kontext des OECD-Reviews zur österreichischen Bildungspolitik (OECD 1995).

hochschulpolitischer Maßnahmen ein und wurden mitunter kursorisch in Hochschulberichten oder Ministeriumspublikationen veröffentlicht.

Von Ende der 1960er-Jahre bis zum Beginn der 1990er-Jahre (und zum Teil bis jetzt) wurden laut den Autoren durchgehend folgende Themen behandelt:⁶

- **Soziale Lage:** Erste Beauftragung einer Befragung der Studierenden 1973, dann in regelmäßigen Abständen zu diversen Fragen der studentischen Lebens- und Studiensituation⁷; Entwicklung der Sozialstruktur der Studierenden, 1993
- **Fragen des Akademikerarbeitsmarkts:** Wie kommen Akademiker zu ihrem Arbeitsplatz, 1976; Berufserwartungen und Einsatz von Akademikern am Arbeitsplatz, 1978; Akademikerbeschäftigung, 1980
- **Quantitative Entwicklung der Studierenden und AbsolventInnen, einschließlich Studienverläufe⁸:** Studienabbruch, Studienwechsel, Studienverlauf, 1976; Studienschwierigkeiten in der Abschlussphase des Studiums an Universitäten und Hochschulen in Österreich, 1987; Studienmotive und Arbeitsperspektiven von Erstimmatrikulierten, 1990
- **Einführung neuer Studienangebote, Qualifikationsanforderungen in Studienrichtungen, Fragen der Hochschuldidaktik:** Projektvergaben bis zur Implementierung des UOG 1993 und UniStG 1997; danach Hochschullehrerfortbildung und Curricula in der Universitätsautonomie; Arbeitsmarktgutachten zu neuen Studien, Umweltsystemwissenschaften, Vergleichende Kulturwissenschaft

In einer zweiten Reformperiode ab den späten 1980er-Jahren kamen laut den Autoren weitere Themenblöcke hinzu:

- **Diversifizierung des Hochschulbereichs:** Im Kontext des OECD-Länderberichts „Bedingungen und Möglichkeiten für den Aufbau eines nichtuniversitären Sektors in Österreich“ mehrere Studien, 1991; Entwicklung von Fernstudien, 1992
- **Evaluation von Hochschulen:** Biochemie in Österreich, 1993; Entwicklung von Evaluierungsmethoden zur vergleichenden Messung der Qualität der Lehre, 1994; Evaluierung der akademischen Forschung, 1994; Evaluierung der Lehrerbildung an der Universität Innsbruck, 1994
- **Effizienteres Hochschulmanagement:** Forschungsfinanzierung im internationalen Vergleich, 1992; Budgetierung und Controlling für Hochschulen, 1993; Studiengebühren als Finanzierungsquelle für Universitäten, 1994
- **Hochschulbezogene Frauenforschung:** Frauenforschung an österreichischen Universitäten, 1990; Frauen in technischen Berufen, 1990; Zur Situation der Frauen als Lehrende an der Universität Wien, 1991

6 Um beispielhafte Aufzählung von typischen Projekten ergänzt.

7 Ein Überblick findet sich bei Keplinger (2017), S. 195–213.

8 Aufzählung von Lassnigg und Pechar wurde um letztgenanntes Thema ergänzt.

2.2 Bestandsaufnahme von Hochschulforschungsprojekten ab Mitte der 1990er-Jahre

Anhand der Bundesforschungsdatenbank⁹ ist es möglich, nach der Bestandsaufnahme von Lassnigg und Pechar die weiteren Entwicklungen in der hochschulpolitischen Auftragsforschung nachzuzeichnen. Als zusätzliche Quellen bieten sich hierfür die Hochschulberichte, ab 2005 die Universitätsberichte an, die vielfach Ergebnisse der Hochschulforschung rezipieren, sowie Publikationen des Ministeriums oder anderer Stakeholder. Die Projekte zur sozialen Lage der Studierenden (Studierenden-Sozialerhebung), seit 1997 um die Beteiligung an EUROSTUDENT ergänzt, oder das Studier- und Abbruchverhalten sowie die Hochschul(planungs)prognose, die regelmäßig die Grundlagen für die Größenentwicklung des Sektors bereitstellt, liefen weiter. Da das Verhältnis von Hochschulbildung und Beschäftigung traditionell große Aufmerksamkeit fand, wurden zum Berufseinstieg und Arbeitsmarkt von HochschulabsolventInnen häufig Projekte beauftragt. Infolge der damals gestiegenen Berufseinstiegsschwierigkeiten von JungakademikerInnen in mehreren EU-Mitgliedsländern wurde dieses Thema auf der Tagung der Generaldirektoren für Hochschulwesen¹⁰ während der ersten österreichischen EU-Präsidentschaft 1998 aufgegriffen. Im Vorfeld beauftragte das Ressort mehrere Untersuchungen, darunter eine Prognose der Erwerbstätigkeit von AkademikerInnen sowie eine Studie zum Gründungsverhalten von HochschulabsolventInnen (vgl. Keplinger 2000, S. 9–22).

Zur hochschulbezogenen Frauenforschung wurde 1995 ein Forschungslückenkatalog erarbeitet und in der Folge über eine Reihe von Projektbeauftragungen abgearbeitet (Schaller-Steidl 1995, 1997, S. 165–183).¹¹ Der Hochschulbericht 1999 enthielt aufgrund einer Entschließung des Nationalrates von 1998 einen Zusatzbericht „Über die Entwicklung der Bildung und Berufsausübung von Frauen in Österreich“. Die ministeriumsübergreifende Initiative FFORTE – Frauen in Forschung und Technologie finan-

-
- 9 Enthält Einträge ab den 1970er-Jahren, deren Erfassung im Ermessen der/des Sachbearbeiter/in/s liegt. Auftragsvolumina sind aus der internen Datenbank nicht rekonstruierbar; ebenso ist nicht (vollständig) ersichtlich, wer die Aufträge durchgeführt hat. Eine persönliche Anmerkung sei erlaubt: Eine Vielzahl an Beauftragungen der Sektion für Universitäten und Fachhochschulen erfolgte ab Mitte der 1990er-Jahre durch mich oder ging zur Bearbeitung über meinen Schreibtisch. Die online zugängliche Bundesforschungsdatenbank hat Einträge seit 2008 und trägt zur Transparenzsteigerung in der Aufgabenwahrnehmung der Ressorts bei. <https://oravm13.noc-science.at/apex/f?p=115:1> [21.03.2019], bis 2007; frühere Beauftragungen siehe „Forschungsförderungen und Forschungsaufträge“: <http://bmbwf.gv.at/dasministerium/publikationen/forschung/berichte/forschungsfoerd-und-forschungsauftraege-des-bundes/> [21.03.2019]
- 10 Tagung der Generaldirektoren für Hochschulwesen und Vorsitzenden der Rektorenkonferenzen, 28./29. Oktober 1998; diskutiert wurden der internationale Vergleich von im nationalen Kontext erhobenen Daten/durchgeführten Forschungen, Anforderungen an Indikatoren (nationale Besonderheiten von Bildungssystemen, Definitionsunterschiede bei Basisdaten) und die Ergebnisse des TSER-Projekts „Graduate Employment and Work in Selected European Countries“.
- 11 Von 1992 bis 2007 Veröffentlichung von Projektberichten in der Reihe „Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft“ (insgesamt 21 Bände).

zierte ab 2002 auch entsprechende Begleitforschung, u.a. eine Wirkungsanalyse (Wroblewski, Gindl, Leitner, Pellert und Woitech 2007) zu frauenfördernden Maßnahmen im BMBWK sowie Expertisen über Gender Budgeting und Gender Mainstreaming.

Nach Einführung von Studienbeiträgen 2001 wurde ein forschungsunterstütztes Monitoring der Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Studierenden und das Studierverhalten gestartet. Zu nennen sind der Projektbericht von Pechar und Wroblewski (2002) zur Studienaktivität von Studierenden (aus diesem Bericht rührt etwa der Terminus „Scheininskribierende“), dieselben (2001) oder von Kolland (2002) zu den beobachteten Auswirkungen der Einführung von Studienbeiträgen. Weil das Regierungsprogramm 2007–2010¹² eine umfassende Erhebung über die Ursachen von Studienabbrüchen enthielt, wurden dazu und zum dazugehörigen Phänomen des Studienwechsels Expertisen beauftragt.

Zu Beginn der 2000er-Jahre gab es – nach einem Schwerpunkt in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre – eine Reihe von Evaluierungen, einen Review zum Auf- und Ausbau des FH-Sektors¹³, die Mathematik-Evaluierung sowie eine Evaluierung der Architekturstudien am Standort Wien (vgl. BMBWK 2005, S. 62f.). Mit der Evaluierung des Fachbereiches Maschinenbau, die federführend vom Universitätenkuratorium (Vorläufer des Wissenschaftsrates) beauftragt wurde, kamen auch andere Nachfrager von Hochschulforschung ins Spiel (vgl. BMBWK 2002, S. 25).

Im Vorfeld des Universitätsgesetzes 2002 wurden Ergebnisse diverser vom Ressort (mit)beauftragter Analysen zu den verschiedenen Elementen der Vollrechtsfähigkeit von Universitäten in der Publikation „Universitäten im Wettbewerb“ (Titscher und Winckler 2000)¹⁴ zusammengefasst. Auch die Implementierung des UG 2002 wurde einerseits mit Publikationen (Höllinger und Titscher 2004; Titscher und Höllinger 2003) begleitet und andererseits mit Expertisen, wie beispielsweise zu Modellen der formelgebundenen Budgetierung (Engl und Binder 2005; Unger, Dünser, Thaler und Laimer 2011) oder der konkreten Ausgestaltung der neuen Steuerungsinstrumente, unterstützt.

Neben den von Lassnigg und Pechar genannten Themen rückten nun weitere Fragestellungen der Hochschulforschung stärker in den Fokus:

- **Hochschulfinanzierung:** Die tertiären Bildungsausgaben im internationalen Vergleich, 2003; Finanzvergleich von Universitäten in Zürich, München, Darmstadt und Wien, 2005; Funding systems and their effects on higher education systems, 2006; Finanzierungsmodelle universitärer Lehre: Internationale Beispiele, Erfahrungen und mögliche Strategien für Österreichs Universitäten, 2011
- **Forschung an Universitäten**¹⁵: Vergleich des Publikationsverhalten in verschiedenen Wissenschaftsgebieten, 2006; Auftragsforschung an österreichi-

12 Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode; die Regierung Gusenbauer und Molterer endete 2008.

13 https://bmbwf.gv.at/fileadmin/user_upload/fh-review.pdf [21.03.2019]

14 vgl. BMBWK (2002), S. 34ff.; eine vergleichende Übersicht der Entwicklungen hin zum UG 2002 liefert Förster (2012).

15 Von Lassnigg und Pechar bis zu Beginn der 1990er-Jahre nicht erfasst, weil nur die Projektablage der Abteilung für Planung und Statistik in der Hochschulsektion eingesehen wurde.

schen Universitäten, 2007; Vergleichende Analyse der Indikatoren zur Forschung an Universitäten, 2008¹⁶; Erfassung und Analyse der Forschungsinfrastrukturen an Universitäten, ab 2010

- **Personal an Hochschulen:** Qualitätsentwicklung des Berufungsmanagements, 2008; Zur Umsetzung des Kollektivvertrags an Universitäten, 2013; Qualitätssicherung von Laufbahnstellen an Universitäten, 2014; Frauenkarrieren im Hochschulmanagement, 2018
- **Zusammenwirken von Hochschulen, Wirtschaft und Gesellschaft (Innovation):** Verwertung universitärer Forschungsergebnisse, 1999; Steuerliche Anreize für Investitionen in Bildung, Wissenschaft u.a., 2002; Dritte Mission an Universitäten in Österreich, 2014; Der Beitrag der österreichischen Universitäten zur ökonomischen Wertschöpfung, 2017
- **Internationalisierung:** Internationalisierung der österreichischen Hochschulen, 1998; Analyse der F&E Netzwerke in den Rahmenprogrammen, 2010; Rankingpräsenz der österreichischen Universitäten, 2013

In den Beauftragungen ab 2005/06 spiegelt sich auch wider, dass Evidenzen, bspw. zur Forschung an den einzelnen Universitäten, benötigt wurden, die als Entscheidungsgrundlage in die Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten einfließen. Dies ist als Indiz zu werten, dass über die aus dem Berichtswesen (anfangs Tätigkeitsbericht, Leistungsbericht und Wissensbilanz, seit 2016 Wissensbilanz) vorliegenden Daten, Kennzahlen und Darstellungen hinaus weitere Informationen benötigt wurden. Auch die Projekte zu den Entwicklungen beim Universitätspersonal verfolgten diese Zielsetzung. Wie einleitend erwähnt wurden über das Berichtswesen hinaus Evidenzen aus der Hochschulforschung benötigt, um den Steuerungsanforderungen infolge der Universitätsautonomie gerecht werden zu können.

Ab dem EuGH-Urteil 2005, das den österreichischen Universitätszugang für Studierende aus dem EU-Ausland, die einen Studienplatz im Herkunftsland nachweisen mussten, als diskriminierend erkannte, wurden Expertisen erstellt, um mit den neuen Anforderungen umzugehen. Diese beziehen sich hauptsächlich auf drei Aspekte, nämlich die Einführung von Zugangsregelungen und deren Ausgestaltung generell (Badelt, Wegscheider und Wulz 2007; Pichl 2013), das Begleitmonitoring und die gesetzlich vorgesehene Evaluierung (Kolland und Morgeditsch 2007; Humpl, Kölbl und Poschalko 2009; Nindl und Humpl 2015) der Zugangsregelungen, die vom Gesetzgeber ermöglicht wurden (in vom deutschen Numerus-Clausus betroffenen Studien, Human- und Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Psychologie, und in besonders stark nachgefragten Studien) und schließlich Projekte zur Quotenregelung in Human- und Zahnmedizin, um der Berichtspflicht¹⁷ gegenüber der Europäischen Kommission nachkommen zu können.

16 vgl. BMWF (2009). Der Tagungsbericht beinhaltet einerseits Ergebnisse von Hochschulforschungsprojekten und repliziert andererseits auf Entwicklungen in der Forschung an Universitäten.

17 Die Einführung einer Quotenregelung (75% der Studienplätze für EU-BürgerInnen mit österreichischem Reifeprüfungszeugnis, 20% für EU-BürgerInnen ohne österreichisches Reifeprüfungszeugnis und 5% für Drittstaatsangehörige) für das Human- und Zahnmedizinstudium

3 Regelung der Aufgabenwahrnehmung: Zuständigkeiten

Das Bundesministeriengesetz aus 1986 definiert die Aufgaben von Ministerien sehr allgemein, nämlich die „Bundesregierung bei der Besorgung ihrer Aufgaben zu unterstützen“ und u.a. „alle Fragen wahrzunehmen und zusammenfassend zu prüfen, denen vom Standpunkt der Koordinierung der vorausschauenden Planung der ihnen übertragenen Sachgebiete (...) grundsätzlich Bedeutung zukommt.“ (§3 Abs.1) (vgl. auch BMBWK 2002, S. 182f.). Unter „Wahrnehmung“ und „zusammenfassender Prüfung“ sind die Beauftragung von Expertisen und der Einbezug von Forschungsergebnissen subsumierbar.

Lange vor der Vollrechtsfähigkeit der Universitäten im Zuge des UG 2002 bzw. der teilweisen Autonomie ab UOG 1993 gab es in Österreich eine maßgebliche Hochschulforschung. Das 1970 gegründete Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung agierte von Anbeginn als Auftraggeber von einschlägigen Projekten, wie oben skizziert wurde. Zunächst lag die Zuständigkeit hierfür bei der Abteilung für „Legistische Angelegenheiten, Strukturreform, Hochschulplanung und Hochschulstatistik“¹⁸ in zwei Referaten für Hochschulplanung und Hochschulstatistik sowie für Hochschuldokumentation, welche 1972 zu einer eigenen Abteilung für Planung und Statistik zusammengefasst und direkt der Bundesministerin unterstellt wurden. In der Aufgabenbeschreibung wurde erstmals die „Betreuung und Durchführung von Untersuchungen im Wissenschafts-, Forschungs- und Hochschulbereich“ neben Angelegenheiten der Statistik oder Entwicklung und Anwendung von Planungsmethoden explizit angeführt. Im Jahr darauf wurde die Abteilung der Präsidial- und Rechtssektion zugeordnet, Ende der 1970er-Jahre der Gruppe für Grundsatzangelegenheiten in dieser Sektion. Sukzessive kamen weitere Aufgaben, wie die Dokumentation für Wissenschaft, Forschung und Hochschulwesen, Grundsatzangelegenheiten der Studienreform und andere Fachzuständigkeiten (z.B. ressortspezifische Frauenfragen, Weiterbildung von Hochschulabsolventen und universitäre Erwachsenenbildung, Fernstudien) hinzu. Die Beschäftigung („Zuständigkeit“, wie es die Geschäftseinteilung in österreichischen Bundesministerien regelt) mit Hochschulforschung war dadurch mit vielfältigen Fachagenden verbunden, die ihrerseits Hochschulforschungsbedarf auslösten.

1987/88 wurde diese Abteilung mit gleichbleibenden Agenden in die Sektion für Hochschulen und wissenschaftliche Anstalten¹⁹ verschoben, ab 1990/91 fielen Untersuchungen im Forschungsbereich weg (bzw. wanderten in die Forschungssektion), die Leistungsbewertung im Universitätsbereich kam als Aufgabe dazu. In den Folgejahren wurden die Teilaufgaben weiter diversifiziert, bspw. Hochschulplanung samt Initiierung von Programmen zur Organisationsentwicklung an Universitäten und Hochschulen

2006 führte zu einem Vertragsverletzungs(folge)verfahren seitens der Europäischen Kommission. Expertisen wurden vor allem zum Verbleib von Medizin-AbsolventInnen in der (österreichischen) Gesundheitsversorgung beauftragt.

18 Der folgende Abschnitt basiert auf Recherchen in den Geschäftseinteilungen des Ressorts, die jährlich im Amtskalender veröffentlicht werden.

19 Der langjährige Leiter der Abteilung für Planung und Statistik, Sigurd Höllinger, war Sektionschef geworden.

sowie Erstellung von Publikationen zur Universitäts- und Hochschulentwicklung, und in eine eigene Abteilung verlagert. Die 1994/95 neu geschaffene Abteilung für Fachhochschulen bekam die „Betreuung und Durchführung von Untersuchungen im Fachhochschulbereich“ und Mitwirkung an Projekten und Programmen der OECD betreffend Organisation und Lehre im gesamten Hochschulbereich in ihr Aufgabenspektrum. Dadurch wurde die Aufgabenwahrnehmung für Hochschulforschung insgesamt aufgesplittert oder – positiv gesprochen – in der Verantwortlichkeit verbreitert.

Ab Ende der 1990er-Jahre wurden die Aufgaben wieder stärker in der Abteilung „Statistik, Information, Berichtswesen und Frauenförderung“ konzentriert, indem fachhochschulbezogene Analysen und die Publikation von Daten und Informationen sowie die „Dokumentation der Entwicklungen im Hochschulbereich“ „zurück“kamen. Ab 2001 wurde für die Aufgabe „Untersuchungen und Berichte im Wissenschafts- und Hochschulbereich“ ein Referat eingerichtet.

Mit der Implementierung des UG 2002 und der korrespondierenden Restrukturierung der Sektion für Universitäten und Fachhochschulen wurde die Zusammenarbeit in diesen Agenden mit Organisationseinheiten, die die Universitäten verwalteten, intensiviert. Das UG 2002 enthielt in den Erläuterungen zur Gesetzesvorlage an den Nationalrat die allgemeine Aussage: „Die Reform der Universitäten wird auch eine Reihe von Auswirkungen auf das Selbstverständnis, die Aufgaben, die Arbeitsweise und die Größe des Bundesministeriums haben.“²⁰ Als Folge davon ist zu werten, dass Auftragsforschung und Expertisen über die Hochschulentwicklung von 2006 bis 2008 in einer Universitätsabteilung als Zuständigkeit angesiedelt wurden; in einer weiteren Abteilung, die u.a. für Studieninnovationen verantwortlich war, wurden „Auftragsforschung und Expertisen“ ebenfalls eigens platziert. In der Abteilung für Hochschulstatistik verblieben vorübergehend (nur mehr) „statistische Erhebungen und empirische Untersuchungen“, wurden aber ab 2009 um Expertisen zur Hochschulentwicklung ergänzt.

Eine Stabsstelle hierzu wurde 2015 bei der Sektionsleitung eingerichtet, 2018 als eigene Abteilung mit den Aufgaben:

„Expertisen zur Hochschulentwicklung und Koordinations- und Vernetzungsmaßnahmen im Bereich Hochschulforschung, (...); Koordination von Evaluierungen aufgrund universitätsgesetzlicher Verpflichtungen/Regelungen; empirische Untersuchungen zur Situation von Studierenden und Absolvent/innen“ (BMBWF 2018).

Damit wurden auch „Vernetzungsmaßnahmen“ in der Hochschulforschung in der Aufgabenbeschreibung sichtbar. Hierfür dürften zwei Entwicklungen den Ausschlag gegeben haben: Einerseits gab es neben dem Ministerium schon des längeren weitere Auftraggeber oder Initiatoren von Expertisen zur Hochschulentwicklung, wie etwa den Rat für Forschung und Technologieentwicklung, den Wissenschaftsrat oder die Hochschul-

20 https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXII/I/I_01134/fname_000644.pdf [21.03.2019], S. 69; im Hochschulbericht 2002, S. 36: „Mit der Verhandlung der Leistungsvereinbarungen, dem strategischen Controlling, der Führung von Statistiken für nationale und internationale Vergleiche sowie der Abstimmung der Entwicklung der Segmente des tertiären Bildungsbereiches im internationalen Kontext kommen zum Teil auch neue Aufgaben auf das Bundesministerium zu.“ https://bmbwf.gv.at/fileadmin/user_upload/hb_2002_bd1.pdf [21.03.2019]

konferenz, wesentliche Projekte wurden auch von der uniko (z.B. Thaler und Unger 2014; Janger et al. 2017) initiiert.

Andererseits erweiterte sich der Kreis der Institutionen zusehends, die sich (u.a.) mit Hochschulforschung beschäftigten. Regelmäßige Hochschulforschungs-Tagungen im Ausland unter Beteiligung von österreichischen WissenschaftlerInnen und internationale Netzwerke strahl(t)en auf Österreich aus.

Wie ist die Aufgabenwahrnehmung konkret ausgestaltet? Die Vergabe wissenschaftlicher Untersuchungen beinhaltet eine Vielzahl an Arbeitsschritten, wie die Entwicklung von forschungsleitenden Fragestellungen (bspw. in Kooperation mit einer Arbeitsgruppe), Erarbeitung von Untersuchungsdesigns, Durchführung von Ausschreibungen, Zusammenarbeit mit Beiräten, Hochschulen, HochschülerInnenschaft und weiteren Stakeholdern. Die relevanten österreichischen und internationalen Hochschulforschungsergebnisse sind zu identifizieren und im Ressort sowie nach außen zu kommunizieren, z.B. durch (Beiträge zu) Workshops und Fachkonferenzen (z.B. The New Student. Flexible learnings path and future learning environments²¹). Einerseits ist die „Übersetzung“ ressortpolitischer Anliegen (Regierungsprogramm, Strategien, Evaluierungsnotwendigkeit u.a.) in Forschungsdesigns und andererseits die Einordnung von Forschungsergebnissen in ressortpolitische Zusammenhänge, u.a. durch die Entwicklung von faktengestützten Maßnahmenempfehlungen, erforderlich. Ein Beispiel hierfür ist die Erarbeitung der „Nationalen Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung“²², die – wissenschaftlich begleitet – auf der Grundlage von Evidenzen aus den Studierenden-Sozialerhebungen und anderen Untersuchungen (Studien: Österreichische Hochschulkonferenz 2015; Unger, Thaler, Dünser, Hartl und Laimer 2013; Wulz und Nindl 2016) unter Einbezug aller Stakeholder erfolgt ist und deren Implementierung und Evaluierung begleitende Forschung vorsieht.

Müller et al. differenzieren im CHE-Arbeitspapier „Was macht eigentlich ... das Ministerium?“ (Müller, Michalke, Behm und Ziegele 2010) zwischen mehreren Aufgaben: Neben der Erfüllung der gesetzlichen Erfordernisse der Steuerung des Systems und der einzelnen Hochschulen (1), deren Finanzierung (2), Aufsicht, Controlling (3) sowie Rechenschaftslegung gegenüber Öffentlichkeit und Gesetzgeber (4) sehen sie Ministerien auch als Antreiber von Veränderungen und Moderator der Entwicklung des Wissenschaftssystems (5). Unter letzterem ist die Entwicklung von Strategien, Change-Projekten oder die Beförderung gesellschaftlicher Zielsetzungen zu verstehen. Evidenzbasierung, die u.a. von Forschung herrührt, ist in allen Aufgabensträngen unerlässlich und vielfach Usus. Dennoch wird im CHE-Papier an keiner Stelle die Einbindung von Hochschulforschung in die Aufgabenwahrnehmung konkretisiert und reflektiert.

21 <https://www.eu2018.at/de/calendar-events/political-events/thenewstudent.html> [21.03.2019]

22 <https://bmbwf.gv.at/studium/nationale-strategie-zur-sozialen-dimension/> [21.03.2019]

4 „Damit nicht Mutmaßungen dominieren“²³ – Anforderungen an die Hochschulforschung und die laufende Vernetzung

Da die Komplexität der Steuerungsanforderungen im Hochschulsystem (u.a. infolge von Digitalisierung, Lifelong Learning, Equity-Fragen) und an den einzelnen Hochschulen (Profilbildung, strategische Partnerschaften, European Universities, regionale Anbindung etc.) weiter wächst, steigt auch der Bedarf nach Hochschulforschung. Im Hochschulbericht 2002 wurde im UG 2002-Kontext „Qualitätssicherung: Neuorganisation der Daten- und Informationsbeschaffung“ die Aufgabe der Hochschulforschung im Steuerungskreislauf verortet, wenngleich der Schwerpunkt der Ausführungen auf dem universitären Berichtswesen und der Kennzahlenentwicklung lag:

„Durch die Dezentralisierung, Deregulierung und Diversifizierung im gesamten Bildungswesen, insbesondere im tertiären Sektor, ergeben sich steigende Anforderungen sowohl für die Hochschulstatistik und Dokumentation als auch die Hochschulforschung, die ihrerseits auf gute Datengrundlagen zurückgreifen können sollte, um brauchbare Ergebnisse zu häufig gestellten Fragen liefern zu können (...)“ (BMBWK 2002, S. 185)

Der Gesamtösterreichische Universitätsentwicklungsplan 2019–2024 enthält im Systemziel 8 „Gesellschaftliche Verantwortung der Universitäten“ eine „Handlung“ zur „Vernetzung der Forschung über Hochschulen (u.a. zur institutionellen Entwicklung und Aufgabenwahrnehmung ...)“ (BMWF 2017, S. 39). Das Fehlen weiterer Bezüge kann als Indiz dafür gesehen werden, dass Hochschulforschung, Expertisen zur Hochschulentwicklung etc. selbstverständlich zur Agenda des Wissenschaftsressorts zählen, programmatische Vorgaben aber vermieden werden, um die Handlungsspielräume nicht einzuengen. Als andere Lesart bietet sich an, dass der Rückgriff auf Evidenzen (Forschung u.a.) in der hochschulpolitischen Steuerung, Entwicklung und Legitimation von Maßnahmen (vor und/oder nachher) unterentwickelt ist, weil diese von den Anspruchsgruppen in den korporatistischen Aushandlungsprozessen (Förster 2012, S. 168)²⁴ mitunter nicht wahrgenommen oder ausgeblendet werden.²⁵ Darüber hinaus ist beobachtbar, dass empirische Befunde respektive Forschungsergebnisse – mögen sie noch so deutlich etc. sein – nicht „automatisch“ einen Reformimpuls einleiten. Indem durch Hochschulforschung „typischerweise verfestigte Muster in der akademischen [und politischen] Kultur“ (Pasternack 2014, S. 7f.) infrage gestellt werden, tritt mitunter reflexartig der Erhalt des Bestehenden in den Vordergrund. Reformen im Bildungs- und Hoch-

23 Bülow-Schramm, Krempkow (2014), S. 50.

24 In der Analyse der österreichischen Hochschulpolitik rezipiert Förster Arbeiten von E. Tálos zur Rolle der Sozialpartner in der Politikgestaltung. Beim UG 2002 hatte ihre Bedeutung abgenommen, weil diese [Anmerkung: im Politikfeld der Universitäten/Hochschulen neben den sozialpartnerschaftlichen Interessensvertretungen auch ExpertInnen aus dem Hochschulmanagement, Studierende u.a.] eher unsystematisch und nicht mehr paritätisch besetzt einbezogen wurden. Zu früheren Reformen vgl. Melchior (1993); Bessenyei und Melchior (1996).

25 Ein Beispiel ist das Festhalten am offenen Hochschulzugang zur Absicherung der sozialen Durchlässigkeit trotz ambivalenter empirischer Befunde; vgl. Keplinger (2017), S. 209.

schulbereich sind u.a. durch starke Pfadabhängigkeit²⁶ und parteipolitische Interessenskonstellationen geprägt.

Die Vernetzung der Hochschulforschung in Österreich wurde auf Initiative des Instituts für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung im Jahr 2000 schon einmal versucht, die initiierte Bestandsaufnahme aber nicht weiterverfolgt. Dennoch gab es erwähnenswerte Aktivitäten, etwa das „Hochschulpolitische Forum“ und Medienkooperationen.²⁷ 2007 wurde an dieser Fakultät der Universität Klagenfurt das Institut für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung gegründet, das 2012 die 7. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Hochschulforschung ausrichtete, derzeit aber keine Hochschulforschungsprojekte durchführt.²⁸ Bei der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Hochschulforschung 2016 wurde ein „Österreich-Panel“ eingereicht.²⁹ Die laufende Vernetzungsanstrengung wurde zeitgleich und von Beginn an sektorenübergreifend gestartet. Die dahinterstehenden AkteurInnen waren und sind zumeist einzelne HochschulforscherInnen aus dem Universitäts- und Fachhochschulbereich sowie der außerhochschulischen Forschung, weil abgesehen von kleineren Ausnahmen keine institutionalisierte österreichische Hochschulforschung existiert. Dennoch wurde bei der ersten Fachkonferenz zu Hochschulforschung in Österreich 2017 – wie es sich bereits in einem vorausgehenden Mapping zu den Forschungsinhalten und HochschulforscherInnen abzeichnete – deutlich, welches fachliche und wissenschaftliche Potential vorliegt. Mit der Webpage und dem in Angriff genommenen Repositorium, das neben Publikationen im Forschungsfeld hoffentlich auch „graue“ Literatur erfassen wird, wird sich die Sichtbarkeit weiter erhöhen.

Das HoFo-Mapping³⁰ erfasst acht Themencluster: soziale/gesellschaftliche/wirtschaftliche Dimension, Lehre und Studium, Hochschulsystem und -politik, Qualitätssicherung, Forschung, Hochschulmanagement, Personal sowie Theorien und Methoden der Hochschulforschung. Zu fast allen Themen erfolgt(e) Auftragsforschung seitens des Wissenschaftsressorts bzw. ist diese vermutlich eine Voraussetzung oder Unterstützung der Hochschulforschungsaktivitäten.

Vergleicht man diese Themencluster mit deutschen Mappings, zeigt sich ebenfalls ein hoher Abdeckungsgrad, wenngleich die Professionalisierung und Institutionalisierung in Deutschland alleine aufgrund der Größe des Landes wesentlich ausgeprägter ist. Hüther/Krücken systematisieren die Hochschulforschung in vier grundlegenden Themenfeldern, nämlich (1) Personengruppen, (2) quantitativ-strukturelle Gestalt und Entwicklung von Hochschulsystemen, (3) Governance von Hochschulsystemen und Hochschulen sowie (4) Hochschulen als Organisation. Wissenschafts-, Bildungs- und Innovationsforschung sehen sie in großer Nähe zur Hochschulforschung (Hüther und Krücken

26 In der politikwissenschaftlichen Forschung wird herausgearbeitet, dass das „Politik-Erbe“, d.h. die Pfadabhängigkeit von früheren auf spätere Entscheidungen, starken Einfluss in der Bildungspolitik ausübt (vgl. Lassnigg, Bruneforth und Vogtenhuber 2015, S. 310).

27 Der Hinweis erfolgte dankenswerterweise von Thomas Pfeffer, der damals die Bestandsaufnahme durchführte.

28 <https://www.aau.at/wissenschaftskommunikation-und-hochschulforschung/forschung/> [21.03.2019]

29 <https://www.gfhf.net/aktivitaeten/jahrestagungen/11-jahrestagung-2016/> [21.03.2019]

30 <http://www.hofo.at/Mapping/> [21.03.2019]

2016, S. 13–15; vgl. Hamann et al. 2018, S. 87–203). Ähnlich grobmaschig skizzieren Bülow-Schramm und Krempkow die Themenfelder der Hochschulforschung: Studierenden- und Absolventenforschung, Bildungsmonitoring/-berichterstattung, Governance/Steuerung und Organisation von Hochschulen, wissenschaftliches Personal und Nachwuchsförderung (Bülow-Schramm und Krempkow 2014, S. 54).

In Österreich liegen so wie in Deutschland die meisten Forschungsergebnisse zu Studierenden und AbsolventInnen (Winter und Krempkow 2013, S. 76) respektive zur sozialen/gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dimension sowie zu Lehre und Studium vor. Bezieht man die hochschulrechtlichen Abhandlungen ein,³¹ werden auch Hochschulmanagement- und Governancefragen häufig behandelt. Zum Hochschulpersonal und akademischen Nachwuchs (u.a. Postdoc-Phase) wird zunehmend Expertise aufgebaut.

Themenvergleich: Hochschul(politisch)e Auftragsforschung und HoFo-Mapping

Themen der hochschul(politisch)en Auftragsforschung (Lassnigg/Pechar/Keplinger)	Themencluster-Mapping des Netzwerks für Hochschulforschung in Österreich (HoFo)
Soziale Lage	Soziale/gesellschaftliche/wirtschaftliche Dimension (1)
Fragen des Akademikerarbeitsmarkts	Soziale/gesellschaftliche/wirtschaftliche Dimension (1)
Quant. Entwicklung der Studierenden und AbsolventInnen; einschließlich Studienverläufe	Lehre und Studium (2)
Einführung neuer Studienangebote, Qualifikationsanforderungen in Studienrichtungen, Fragen der Hochschuldidaktik	Lehre und Studium (2)
Diversifizierung des Hochschulbereichs	Hochschulsystem und -politik (3)
Evaluation von Hochschulen	Qualitätssicherung (4), Forschung (5)
Effizienteres Hochschulmanagement	Hochschulmanagement (6)
Hochschulbezogene Frauenforschung	Soziale/gesellschaftliche/wirtschaftliche Dimension (1); Personal (7)
Hochschulfinanzierung	Hochschulmanagement (6)
Personal an Hochschulen	Personal (7)
Forschung an Universitäten	Forschung (5)
Zusammenwirken von Hochschulen, Wirtschaft und Gesellschaft (Innovation)	Soziale/gesellschaftliche/wirtschaftliche Dimension (1)
Internationalisierung	
	Theorien und Methoden der Hochschulforschung (8)

Was kann und soll(te) die Vernetzung der Hochschulforschung für das Wissenschaftsministerium leisten? Erstens, wie mit dem Netzwerk und dem Mapping zu vorhandener Hochschulforschungs-Expertise eingeleitet, zeigt die Vernetzung auf, in welchen Bereichen Forschungsergebnisse in welcher Breite vorliegen und wo größere Lücken vorhanden sind. Dies ermöglicht, wesentliche Ergebnisse und Entwicklungen in der nationalen (und internationalen) Hochschulforschung zu überblicken. Zweitens kann die Vernet-

³¹ vgl. Hauser (seit 2001).